Wendepunkte

• Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
• Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik

DGB

Nr. 9 / 06.05.2013

Koalition beharrt auf „Weiter so“: Einschätzungen zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission..Seite 1	**So wollen wir leben!** Das Fortschrittsform legt nach 18 Monaten Arbeit seinen Endbericht vor ....Seite 3	**Plattform:** Pressemitteilungen und Veranstaltungen der Abteilung IDS…….....Seite 5

Enquete: Koalition beharrt auf „Weiter so“

Am 15. April beendete die Enquetekommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, der auch DGB-Vorstand Dietmar Hexel angehörte, nach etwas mehr als zwei Jahren ihre Arbeit. Ulrich Wegst, zuständiger Referent beim DGB-Bundesvorstand, gibt nachfolgend seine Bewertung zu Protokoll.

Am Ende bleibt hauptsächlich Enttäuschung - und das, obwohl die Enquete sich zu Beginn ihrer Tätigkeit nicht über einen Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit beschweren konnte. Alle deutschen Leitmedien berichteten darüber, dass nun auch der Bundestag über die Frage debattiere, wie Wohlstand in Zukunft definiert und gemessen werden könne.

In der Berichterstattung über den Auftakt der Enquete verdichtete sich das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Unbehagen über unsere Art des Wirtschaftens und die Tatsache, dass bei uns Wohlstand immer noch mit einem möglichst hohen Wachstum des BIP gleichgesetzt wird. Aber nicht nur Unbehagen, sondern auch der umfassende Diskussionsbedarf kam in dieser Zeit zum Ausdruck. Tatsächlich war es auch höchste Eisenbahn, in Deutschland endlich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese wichtigen Fragen zu beginnen. In anderen Ländern, wie beispielsweise Frankreich, Kanada und Großbritannien, wurde die Diskussion nicht nur schon längst geführt, sie hatte auch Eingang in das Regierungshandeln gefunden.

Die Ausgangslage für die Kommission war also gut: atmosphärisch war die Zeit mehr als reif für die Themen die sie bearbeiten sollte und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit war vorhanden. Hat das Gremium daraus etwas machen können? Leider nein. Das lag einerseits sicherlich an der Arbeitsweise. Wichtige Fragen wurden in Arbeitsgruppen behandelt, die nicht öffentlich tagten. In den Plenarsitzungen der Kommission, die alle öffentlich stattfanden, waren die Streitfragen dann entweder schon abgemildert oder, was noch öfter stattfand, diejenigen, die sich in den Arbeitsgruppen noch als Hardliner geriert hatten, hatten plötzlich Kreide gefressen und waren sehr bemüht, zumindest in ihrer Rhetorik milde und diplomatisch aufzutreten. Es verwundert nicht, dass unter diesen Umständen die Medien schnell das Interesse verloren.

Viel wichtiger für den enttäuschenden Verlauf der Enquete war jedoch die umfassende Verweigerung der Koalition, grundlegende Änderungen an unserer Art des Wirtschaftens als notwendig anzuerkennen. Letztendlich wurde von der Mehrheit ein Kurs des „Weiter so“ verfolgt, der in eklatantem Widerspruch zu den Einsetzungsmotiven der Enquete stand, die sich ja gerade aus der Erkenntnis speisten, dass es eben nicht so weitergehen könne wie bisher. Das war fatal für den gesamten Diskussionsverlauf und musste in Enttäuschung enden, da so weder progressives Gedankengut noch Lösungen präsentiert werden konnten.

Zumindest die engagierten Mitglieder der Enquete konnten praktisch von Monat zu Monat mitverfolgen, wie das Inte-

resse von Medien und Öffentlichkeit immer mehr nachließ, wie die Kommission nahezu in Vergessenheit geriet und von manchen sogar ihre Existenzberechtigung in Frage gestellt wurde. Von der Aufbruchstimmung und der medialen Erregung der Anfangstage war nach einem Jahr nichts mehr übrig, weil nahezu alle Beobachter ihre Hoffnung aufgegeben hatten, dass noch etwas Diskussionswürdiges und Zukunftsträchtiges aus dieser Kommission kommen könnte.

Wer sich die Mühe macht, den fast tausendseitigen Endbericht zu lesen, wird auch tatsächlich feststellen, dass er in dem meisten Bereichen über eine Analyse des hier und jetzt kaum hinauskommt. Immerhin: diese Analyse ist nicht nur weitgehend im Konsens gelungen sondern auch in aller Schonungslosigkeit. Die dramatische Entwicklung von Klimazerstörung und Umweltverbrauch wurde so dargestellt wie sie ist. Die Probleme an den Finanzmärkten wurden ohne Tabus nachgezeichnet und die zunehmende Verrohung auf dem Arbeitsmarkt zumindest nicht ausgeblendet.

Nur: der Gesetzgeber benötigt gar keine weitere Analyse der Problematik - die liegt von anderen Institutionen bereits vor - sondern Lösungsvorschläge, die er umsetzen kann. Genau daran aber hapert es erheblich. Die Enquete hat einen neuen Indikatorensatz vorgeschlagen, mit dem zukünftig Wohlstand gemessen werden soll. Das ist konkret. Darüber hinaus jedoch muss man konkrete Handlungsempfehlungen geradezu mit der Lupe suchen, außer man sieht gleich in die Minderheitenvoten der Opposition, denn dort finden sie sich.

Das ist der Grundwiderspruch, der am Ende übrigblieb: aus der von niemandem bestrittenen Dramatik der Situation folgte keinerlei konkrete Schlussfolgerung. Die Koalition hat mit ihrer Mehrheit aus der Kommission einen zahnlosen Tiger gemacht. Welcher Abgeordnete soll in der nächsten Legislaturperiode den Bericht noch zu Rate ziehen, wenn darin gar nicht ausgeführt ist, wie der Gesetzgeber den Problemen, die unbestritten da sind, begegnen soll?

Das ist schade, denn die Chance wäre da gewesen, mehr daraus zu machen. Soweit sind aber bislang weder Union noch FDP. Beide bürgerlichen Parteien haben sich im schlechtesten Sinne des Wortes konservativ gezeigt, indem sie starr an angeblich Bewährtem festgehalten und den Änderungsdruck konsequent ausgeblendet haben. Diese Blockadehaltung der Koalition hat zuverlässig dafür gesorgt, dass die Enquete die gesellschaftliche Krise, in der sich Deutschland befindet, nicht adressiert hat und dadurch weit hinter der gesellschaftlichen Diskussion herhinkte, anstatt ihr voranzugehen.

Neoliberalismus und Marktgläubigkeit sind in der Gesellschaft längst diskreditiert, aber von Teilen der Enquete wurden sie geradezu mit Leidenschaft verteidigt. Demokratie, Politik und auch die Soziale Marktwirtschaft befinden sich in einer schweren Glaubwürdigkeitskrise. Über zwei Drittel der Deutschen haben Zweifel daran, dass ihre Lebensqualität steigt, wenn die Wirtschaft wächst. Die Meisten haben den Eindruck, dass das System nur noch Wenigen dient. Union und FDP focht das jedoch nicht an, sie versandten die gesamte Zeit über die Botschaft, dass man, abgesehen von marginalen Änderungen, nicht aktiv werden müsse und im Übrigen auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes vertrauen könne. Zeitweilig nahm dies Züge von Realitätsverweigerung an.

Am Ende lässt sich daher feststellen, dass die Enquete die hohen Erwartungen nicht erfüllen konnte, weil die Mehrheit geistig noch in der Vergangenheit feststeckt und (noch) nicht in der Lage ist, eine andere Zukunft zu denken. Auch das ist natürlich ein Ergebnis dieser Kommission das sich festzuhalten lohnt. Nicht weniger interessant ist der Fakt, dass die Opposition sich trotz aller auch hier vorhandenen inhaltlichen Differenzen in nahezu allen Bereichen zusammenraufen konnte und geschlossen aufgetreten ist. So hat diese Enquete das erste gemeinsame große programmatische Dokument überhaupt von SPD, Linkspartei und Grünen, nämlich zum Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft, hervorgebracht. Immerhin. Auch wenn die Enquete für Bundestag und Gesellschaft kaum Verwertbares gebracht hat, so hat sie für die Opposition mehr Perspektiven geschaffen, als zuvor vorhanden waren.

Der Abschlussbericht der Enquete kann hier abgerufen werden.

Eine kurze Bilanz der gewerkschaftlichen Vertreter in der Enquete, Dietmar Hexel und Norbert Reuter, findet sich hier.

Autor: Ulrich Wegst

So wollen wir leben! Das Fortschrittsforum legt seinen Endbericht vor

Das Fortschrittsforum ist mit dem Ziel angetreten, ein neues Verständnis von Fortschritt zu entwickeln. In der Tradition von Joseph Stiglitz sollte menschlicher Wohlstand in einem „weiten Sinne" definiert werden. Es ging dabei um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen und die Wende zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit einleiten können. Die Antworten auf diese Frage liegen nun vor. Am 20. März 2013 wurde der Endbericht mit dem Titel „So wollen wir leben!" einer breiten Öffentlichkeit in Berlin vorgestellt.

Das Fortschrittsforum wurde im Oktober 2011 auf Initiative von Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Otto-Brenner-Stiftung sowie des Progressiven Zentrums gegründet Seine Aufgabe war es, die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages kritisch und konstruktiv zu begleiten und die öffentliche Aufmerksamkeit zu stärken.

Die Ansprüche der Vertreterinnen und Vertreter im Fortschrittsforum (aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Unternehmen, Medien, Kultur und Politik) waren hoch. In den Diskussionen der letzten 18 Monate sollte eine neue Verständigung über eine gerechtere Wirtschaft, ein ökologisch nachhaltigeres Wohlstandsmodell und eine lebendige Demokratie entwickelt werden. Ausgetretene Pfade sollten verlassen und Denkblockaden zur Seite geräumt werden. Dabei ging es auch und vor allem darum, mit mutigen und unkonventionellen Ideen neue Antworten auf die vier gegenwärtig vorherrschenden Krisen zu finden:

1. die ökologische Krise und den Klimawandel,
2. die Krise der sozialen Ungleichheit,
3. die Krise entfesselter Finanzmärkte und
4. die Krise der Demokratie.

Das Programm des Fortschrittsforums knüpft nahtlos an die Ziele gewerkschaftlicher Politik an, die sich seit der legendären Konferenz der IG Metall in Oberhausen 1972 zunehmend am Leitbild des „qualitativen Wachstums" orientiert. Den Gewerkschaften geht es dabei um den sozial-ökologischen Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, das Entstehen von mehr und „Guter Arbeit", die Regulierung der Finanzmärkte, um gerechte Verteilung und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der DGB, der durch Vorstandsmitglied Dietmar Hexel in der Enquete-Kommission vertreten war, hat sich daher, zusammen mit Vertretern der Gewerkschaften, intensiv an der Arbeit des Fortschrittsforums beteiligt. DGB-Vertreterin in der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Wachstum" des Fortschrittsforums war Dr. Inge Lippert.

Neuer Fortschritt

Wie die Enquete-Kommission muss sich auch das Fortschrittsforum an den hohen Ansprüchen messen lassen, mit denen es zu Beginn angetreten ist. Neu über Fortschritt nachzudenken und sich darüber zu verständigen, welchen Fortschritt wir wollen: das war das wesentliche Ziel.

Der Endbericht plädiert diesbezüglich für ein neues, dynamisches Fortschrittsdenken und –handeln und will einen Fortschritt voranbringen, „der die Menschen, ihr persönliches, soziales und ökonomisches Streben wieder stärker in den Vordergrund rückt". Politik und Wirtschaft sollen wieder mehr dem Wohlergehen aller dienen. Jeder Einzelne muss eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe und die Chance auf Selbstverwirklichung erhalten.

Um diesen Anspruch einzulösen, hat das Fortschrittsforum drei Bereiche identifiziert, in denen Interventionen als erforderlich angesehen werden: „Bildung und Arbeit", „Finanzsystem" und „Ökologie".

Handlungsfeld „Bildung und Arbeit"

Das deutsche Bildungssystem ist reformbedürftig. Es hat bisher nicht zum Abbau von Ungleichheiten beigetragen, sondern diese noch verstärkt. Mit dieser eher düsteren Diagnose wird die Forderung erhoben, dass Bildungspolitik künftig sozial-, milieu-, generationen-, geschlechter- und akteursübergreifend auszurichten und auf alle Lebensphasen zu beziehen sei.

Anders als die Enquete-Kommission schlägt das Fortschrittsforum auch konkrete Maßnahmen vor, mit denen dieses Ziel zu erreichen ist: mehr Geld für frühkindliche Bildung, garantierte Chance für Jugendliche auf Berufsbildung, Verbesserung des Zugangs zum Studium, Bindung der Beschäftigungsfähigkeit an Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Zudem sei wichtig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft mehr Bildungsangebote im gesamten Lebensverlauf erhalten und Weiterbildungsangebote verstärkt auch für Ältere angeboten werden.

Der Endbericht nimmt in diesem Kapitel auch die Qualität der Arbeit in den Blick. Er fordert bessere Regulierungen für „Gute Arbeit" und will der expansiven Entwicklung von Leiharbeit, Minijobs, Werkverträgen und (unfreiwilliger) Teilzeitbeschäftigung entgegenwirken. Das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Norm erhoben werden. Der DGB begrüßt, dass diese Aspekte in den Endbericht eingeflossen sind, bedauert jedoch, dass Fragen der Mitbestimmung hier nicht thematisiert wurden.

Handlungsfeld „Finanzsystem"

Auch im Handlungsfeld „Finanzsystem" teilt der Endbericht wichtige Positionen mit den Gewerkschaften. Die Mitglieder des Fortschrittsforums fordern die grundlegende Umorientierung in der Gestaltung der Finanzmärkte. Der Finanzsektor müsse wieder auf seine Rolle als Unterstützer des Wirtschaftsgeschehens zurückgeführt und Spekulationen beschränkt werden.

Der Staat wird in die Pflicht genommen, dies durch Regulierung und Besteuerung der Übernutzung sicherzustellen. Als wichtiges Instrument hierfür schlägt der Bericht die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor, wobei bereits die Erzeugung spekulativer Produkte versteuert werden soll. Zudem werden demokratisch gesteuerte faire Stabilitätsmechanismen (ESM, European Monetary Fund) gefordert, die die Kreditfähigkeit des Systems sicherstellen und ein Mehr-Ebenen-Sicherheitsnetz (Regulierung – Finanztransaktionssteuer – europaweit einheitliches Insolvenzrecht für Banken), um für Systemstabilität zu sorgen.

Besonders zu begrüßen ist die Forderung, Investitionen in ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu fördern, um Impulse und Synergien gegen drohende wirtschaftliche Abschwünge in der Eurozone zu schaffen. Die hierzu vorgeschlagenen Maßnahmen gehen in eine ähnliche Richtung wie die Vorschläge des DGB in seinem „Marshallplan für Europa", der im Dezember 2012 verabschiedet wurde.

Handlungsfeld „Ökologie"

Das Fortschrittsforum will ein Leitbild ökologischer Nachhaltigkeit fördern, das die sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten respektiert. Die Schonung der Umwelt und die Steigerung der Ressourcenproduktivität müssten im Rahmen dieses Leitbildes zu vorrangigen Zielen erhoben werden. Dabei wird betont, dass diese Größen schneller wachsen müssen als das BIP. Nur so sei Fortschritt kein Privileg der Reichen, sondern ein Fortschritt, der allen Menschen zugute kommt.

Der Bericht geht zu Recht davon aus, dass ein ökologisch ausgerichteter Strukturwandel in Industrie und Dienstleistungen nicht im Widerspruch zur Sicherung und Zunahme von Arbeit mit hoher Wertschöpfung stehen muss. Der Markt allein wird diesen Zusammenhang allerdings nicht herstellen. Das Fortschrittsforum sieht daher in Korrespondenz zu den gewerkschaftlichen Zielen eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik als notwendig an, die die Bedingungen für einen fairen und gerechten Wandel schaffen muss.

Ebenfalls positiv ist aus Sicht des DGB, dass der Bericht sich ausdrücklich gegen eine Abwanderung der Industrie aus Deutschland ausspricht und deutlich macht, dass Branchen und Unternehmen, die eine höhere Energieintensität haben, nicht benachteiligt werden dürfen. Von den Gewerkschaften nicht geteilt wird hingegen der auf das Konzept „Faktor 5" von Ernst Ulrich von Weizsäcker zurückgehende Vorschlag einer sozial undifferenziert gesteuerten Verteuerung von Energie, um so die Energieeffizienz zu steigern. Die Gewerkschaften bestreiten nicht, dass sich hierdurch ein

Anreiz für mehr Energieeffizienz erzeugen ließe. Sie weisen jedoch darauf hin, dass dieses Konzept eine soziale Schieflage hat, da insbesondere ärmere Haushalte die Investitionen gar nicht tätigen können, die für eine höhere Effizienz vonnöten wären. Diese Haushalte wären dann mit ständig steigenden Energiekosten konfrontiert.

Sowohl in der Enquete, wo das Konzept ebenfalls diskutiert wurde, als auch im Fortschrittsforum wurde auf diese Problematik keine wirkliche Antwort gegeben. Klimapolitik darf jedoch nicht blind gegenüber ihren sozialen Folgen sein - das haben die Gewerkschaften immer wieder betont. Was passieren kann, wenn sie es dennoch ist, zeigt sich an der gegenwärtig stattfindenden Debatte um die Strompreise: die Unterstützung für eine Transformation der Wirtschaft zur Nachhaltigkeit kann schnell schwinden. Das Plädoyer der Gewerkschaften geht deshalb dahin, mehr Effizienz durch Innovation zu erzielen und den Rebound-Effekt (Mehrverbrauch wegen sparsamerer Geräte etc.), der entstehen kann, durch ordnungspolitische Maßnahmen zu bekämpfen.

In der Gesamtschau enthält der Bericht des Fortschrittsforums viele Vorschläge, die gute Ansatzpunkte zur Überwindung - oder zumindest Abschwächung - der Umwelt-, Ungleichheits- und Finanzkrise bieten. Die Denk- und Handlungsblockaden, die die Enquete-Kommission in diesen Feldern geprägt haben, waren im Fortschrittsforum so nicht vorhanden. Auf der anderen Seite sind jedoch auch im Fortschrittsforum wichtige Themen nicht wirklich in Angriff genommen worden. Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf die Überwindung der „Krise der Demokratie" zielen, sucht der geneigte Leser in der Ergebniszusammenfassung beispielsweise umsonst.

Den Endbericht des Fortschrittsforums „So wollen wir leben!" finden Sie hier.

Autorin: Dr. Inge Lippert

Plattform

DGB/HBS-Fachkonferenz „Löcher im Haushalt, in der Straße und im Schienennetz" am 15. Mai 2013 in Berlin: Schon seit Jahren reichen die Mittel, die der Bund, die Länder und Kommunen für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur bereitstellen, bei Weitem nicht aus. Der Zerfall der Infrastruktur in Deutschland führt zu Standort- und Wettbewerbsnachteilen, gefährdet Arbeitsplätze und schränkt die Lebensqualität ein. Die Zukunftsressource Verkehrsinfrastruktur darf nicht weiter vernachlässigt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher eine Investitionsoffensive für Verkehrsinfrastrukturen mit ausreichenden Mitteln und zielgenauen Instrumenten. Hans-Böckler-Stiftung und Deutscher Gewerkschaftsbund diskutieren auf ihrer Veranstaltung mit Verkehrspolitikern über Voraussetzungen und Wirkungen einer verstetigten Finanzierung für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur.

Die Einladung und nähere Informationen zur Konferenz finden Sie hier:

DGB/HBS-Fachkonferenz „Gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung" am 16. Mai 2013 in Berlin: Aktuelle Auseinandersetzungen um die Förderung von Amazon zeigen: Wer in strukturschwachen Regionen investiert, darf über die Wirtschaftsförderung keinen Freibrief für Lohn- oder Sozialdumping erhalten. Hans-Böckler-Stiftung und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) setzen sich dafür ein, Kriterien „Guter Arbeit" in der Wirtschaftsförderung zu verankern. Nachhaltigkeit muss in Zukunft durch die soziale und ökologische Qualität der Arbeitsplätze ausgewiesen werden. Orientiert an dieser Forderung wollen wir nach neuen Wegen bei der Wirtschaftsförderung suchen. Inzwischen ist es in einigen Bundesländern bereits gelungen, in den GRW-Richtlinien Indikatoren für die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze zu verankern. Dies ist auch im Hinblick auf die EU 2020 Ziele für die kommende EU-Strukturförderperiode von 2014 - 2020 von enormer Bedeutung. Ziel der Fachtagung ist es, im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, mit Wirtschafts- und Sozialpartnern, NGOs sowie Vertreterinnen und Vertre-

tern aus Ministerien die Qualität der Arbeit in der EU-Strukturförderperiode 2014 - 2020 zu stärken.

Die Einladung und nähere Informationen zur Konferenz finden Sie hier:

Veranstaltungshinweis - Save the date: DGB/HBS-Fachkonferenz „Bilanz der Energiewende – Stand und Ausblick nach 2 Jahren Umsetzung" am Dienstag, den 25. Juni 2013, 14:00 – 19:00 Uhr, in der Katholischen Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin-Mitte.

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik
Verantwortlich: Dietmar Hexel, Henriette-Herz-Platz 2 10178 Berlin